

AKTUELL

FOTO: ANAIS HECTOR



Greenpeace-Aktivist*innen haben die Europäische Investitionsbank kurzerhand umbenannt. Die selbsternannte „Klimabank“ betreibt mit ihrer Finanzierung von Gasprojekten Greenwashing.

KLIMAPROTEST

Rebranding für die EIB

Joël Adami

Aktivist*innen der Umweltschutzorganisation Greenpeace haben die Europäische Investitionsbank in „Europäische Greenwashing Bank“ umbenannt.

Mit Bannern, Schildern und aufblasbaren Würfeln verpassten Greenpeace-Aktivist*innen dem Hauptsitz der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg-Kirchberg ein neues Markenimage: Zwar blieb das Logo gleich, der Name wurde jedoch in „European Greenwashing Bank“ geändert. Dabei verkauft sich die weltweit größte Investitionsbank gerne als „Klimabank“, die den Wandel in Richtung erneuerbare Energiequellen finanziert. Seit Ende 2020 sollten eigentlich alle Finanzierungen an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausgerichtet sein.

Dennoch werden weiterhin klimaschädliche Projekte finanziert, so die Kritik von Greenpeace: 150 Millionen Euro für ein Gas-Importterminal in Zypern oder 264 Millionen für die deutsche Autobahn A49. Letztere war in der Vergangenheit vor allem wegen der Besetzung des Dannenröder Waldes, der durch den Bau zum Teil zerstört wurde, in der Diskussion.

„Wie kann die EIB behaupten, die Klimabank der EU zu sein, wenn sie weiterhin einige der schmutzigsten Unternehmen in Europa finanziert und die Zerstörung eines jahrhundertalten Waldes unterstützt, um Platz für eine Autobahn zu schaffen? Mit diesen klimaschädlichen Projekten und dem Greenwashing der Bank muss jetzt Schluss sein“, wird Frank Thinner von Greenpeace Luxemburg in der Pressemitteilung der Umweltschutzorganisation zitiert. Die NGO fordert, dass die EIB sämtlichen Projekten, die auf fossilen Energieträgern beruhen, den Geldhahn zudreht. Die Bank müsse ihren Kund*innen strenge

Klimakriterien vorschreiben und die Finanzierung von Straßenprojekten stoppen.

Bereits 2019 wurde die EIB mehrmals Zielscheibe von Protesten: Verschiedenste Gruppierungen forderten die Bank auf, ihre Finanzierungspolitik zu ändern und kein Geld mehr in Projekte zur Energieerzeugung mit fossilen Brennstoffen zu investieren. Im Fokus der Proteste stand auch damals die Finanzierung von Gasprojekten: Der Bau von Kraftwerken, Terminals und Pipelines würde zu einem „Lock-in“-Effekt führen, kritisierten Klimaaktivist*innen damals. Stehe die Infrastruktur erst einmal, würde sie noch viele Jahrzehnte genutzt – ein Widerspruch zum Klimaschutz.

Auf Kirchberg nichts Neues

Obwohl es daraufhin Änderungen in den Finanzierungsrichtlinien gab, blieben Schlupflöcher bestehen. So kann die Bank Projekte finanzieren, denen die EU ein „gemeinsames Interesse“ bescheinigt hat – darunter viele Erdgaskraftwerke. Durch das Argument, die Rohre könnten vielleicht irgendwann für den Transport von Wasserstoff genutzt werden, kann sogar die Renovierung von Pipelines finanziert werden.

Anfang des Jahres hatte die EIB einen öffentlichen Konsultationsprozess gestartet, um die Kriterien für die Finanzierung von Transportinfrastruktur zu überdenken. Allerdings sehen die bisher veröffentlichten Dokumente zu diesem Prozess nicht vor, die Kriterien abzuändern. Sollte sich dies bestätigen, könnten weiterhin Autobahnen und Schnellstraßen finanziert werden, bemängelt Greenpeace.

Unsere bisherige Berichterstattung über die EIB findet sich online unter woxx.eu/alleseib

SHORT NEWS

Coopération : Rattrapage au galop

(rg) - Le débat sur la coopération au développement a été moins houleux qu'il y a un an. À l'époque, le ministre de la Coopération Franz Fayot (LSAP) avait dû défendre une baisse absolue des moyens à disposition de son ministère, non seulement pour les exercices à venir, mais déjà pour l'année 2020 : le recul du revenu national brut (RNB) estimé à plus de 6 % à cause de la crise sanitaire aurait nécessité de mettre un frein aux activités de coopération. Il s'agissait de ne pas trop dépasser le 1 % d'aide publique au développement (APD) par rapport au RNB que le Luxembourg s'est donné comme barre à atteindre chaque année. Le woxx avait calculé alors que le frein était un peu brutal, car les estimations budgétaires pluriannuelles émises pour les années 2021-2023 affichaient un recul compris entre 8,95 et 11,15 % par an, comparé à ce qui avait été programmé avant la pandémie - ce qui, en chiffres absolus, aurait signifié jusqu'à 45 millions d'euros en moins pour 2023, par exemple. Les montants initialement prévus pour 2020 n'auraient été atteints qu'avec un retard de quatre années. Le revirement que le ministre a pu mettre en avant cette semaine s'avère spectaculaire : le compte provisoire pour 2020 atteint avec 396 millions d'euros pratiquement le niveau estimé avant la crise. Et pour les exercices à venir, le budget pluriannuel prévoit également d'égaliser les estimations d'avant la crise, de sorte qu'il n'y aura finalement pas de baisse de l'APD dans les années à venir ; des rallonges budgétaires in extremis sont même prévues pour 2021. Se pose alors la question de savoir s'il n'aurait pas été plus intelligent de ne pas procéder à ce frein brutal en 2020, évitant ainsi de stresser les acteurs de la coopération.

Vortrag zu regenerativer Landwirtschaft

(ja) - Richard Perkins ist der Leiter der schwedischen Ridgedale Farm, die als einer der produktivsten Biobetriebe Europas gilt. Seine Methoden zur regenerativen Landwirtschaft vermittelt er weltweit an interessierte Landwirt*innen, in Workshops und auf seinem erfolgreichen Youtube-Kanal. Er konzentriert sich darauf, kleinen Betrieben mit Techniken wie Agroforstwirtschaft, Agrarökologie, Permakultur und ganzheitlichem Weidemanagement den Sprung in eine ökologische Landwirtschaft zu vereinfachen. Die wichtigsten Merkmale von Perkins' Methode sind der „no dig“-Ansatz, bei dem auf intensive Bodenbearbeitung verzichtet wird, sowie die extensive Hühnerzucht. Neben seinen Videos schreibt Perkins Bücher und hält Workshops und Vorträge. Einen solchen organisiert der Mouvement écologique gemeinsam mit der Landjugend am heutigen Freitag, dem 19. November um 20 Uhr im Lycée technique agricole in Gilsdorf. Der Vortrag wird auf Englisch gehalten, eine deutsche Simultanübersetzung wird angeboten. Die Veranstaltung findet unter Covid-Check-Bedingungen statt und ist kostenlos.

Vom sexistischen Spruch bis zum Femizid

(tj) - Bereits zum fünften Mal startet am Samstag die Orange Week, die jährlich von CNFL und Zonta International organisiert und vom Ministerium für Gleichstellung zwischen Frauen und Männern mitfinanziert wird. Ziel ist es, die breite Bevölkerung für die Gewalt zu sensibilisieren, die Frauen und Mädchen täglich erfahren. Wie jedes Jahr sind die angebotenen Events und Aktionen vielfältig. Den Start bildet die Marche de solidarité in Esch-Alzette am Samstag um 11 Uhr, ab 14.30 Uhr können sich Interessierte im Rahmen eines offenen Treffens der JIF über Gewalt in der Gynäkologie und der Geburtshilfe informieren und austauschen. Danach folgen noch bis zum 8. Dezember zahlreiche Workshops, Webinars, Expos, Film- und Theatervorführungen. Unter dem Motto „Culture patriarcale et violence, parlons-en!“ findet am 23. November in der Saliariatskammer ein offenes Treffen für solidarische Männer statt. Teil der Kampagne ist auch der Flyer „Gewaltmesser“. Dieser soll Opfern dabei helfen, nicht einvernehmliche Handlungen besser erkennen und benennen zu können. Neben einer Definition von „Einvernehmlichkeit“ findet sich darauf eine Skala, die den Unterschied zwischen einer gesunden und einer ungesunden Beziehung aufzeigt. Weitere Informationen sowie den gesamten Veranstaltungskalender sind unter www.cnfl.lu zu finden.